DER GANZ NORMALE
WAHNSINN

von Dr. GUDULA WALTERSKIRCHEN

EVAL-INFO-SYSTEM (EIS)
GESE81-T02
MENS09-T03
PERS01c-T01-Walterskirchen
POLI61zp-T34
POLI35d-T102
PERS01c-T01-Orwell

So wird George Orwells „Wahrheitsministerium" der Willkür zur Wirklichkeit

In Irland wurde kürzlich eines der radikalsten **Zensurgesetze** der westlichen Welt verabschiedet: Wer „hasserfülltes" Material auf seinem Mobiltelefon oder seinem Computer hat, dem drohen harte Strafen – bis hin zum Gefängnis. Was jedoch unter „Hass" zu verstehen ist, wird nicht näher erläutert. Ein irischer Bürger, der eine Nachricht erhält, die unter die neue Zensur fallen könnte, macht sich **strafbar**, wenn er sie **nicht sofort löscht**. Der Betreffende muss dann noch beweisen, dass er nicht vorhatte, dieses Material weiterzuverbreiten. Wie das genau gehen soll, ist auch unklar.

Irland steht mit dieser Art der Zensur nicht allein da. Erst im Oktober hat der **Deutsche Bundestag** ein ähnliches Gesetz verabschiedet. Es wurden bereits **Bürger verurteilt**, weil sie dem Westen eine Mitschuld am Ukraine-Krieg gegeben hatten. Deutschland setzte damit eine Forderung der EU-Kommission um, die mit einer Klage drohte, wenn das Leugnen und Verharmlosen „internationaler Verbrechen" nicht härter bestraft würde. Den Ungarn wurde ebenfalls gedroht, sie blieben aber unbeeindruckt.

In unserem Land scheint das Thema der **politischen Zensur** im Internet ebenfalls angekommen zu sein. Aufhorchen lässt etwa Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit eine **behördliche Kontrolle der Inhalte der sozialen Medien** und der Internet-Kanäle einfordert. Man müsse gegen die **„Pandemie der Desinformation"** vorgehen, daher brauche es Zulassungsverfahren für Social-Media-Plattformen, die „Verschwörungsmythen und Fake News" verbreiten.

Offen bleibt bei all diesen Zensur-Maßnahmen: Wer definiert, was Hass, Verschwörungsmythos oder Falschnachricht ist? Die Politik? Ein **„Wahrheitsministerium"**, wie es George Orwell in seinem berühmten Roman „1984" beschreibt? Bisher hat das Strafrecht ausgereicht, um Auswüchse zu ahnden. Es besteht nun die akute Gefahr, dass die Politik jegliche öffentlich geäußerte Kritik, ja jeden Zweifel unterdrücken wird. Dies wäre das Ende der Meinungsfreiheit und **öffnet** politischer **Willkür Tür und Tor.**